

Rede 3. Oktober

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Anwesende!

Unseren heutigen Protestveranstaltungen haben wir ein Motto voran gestellt: „Handeln – bevor es zu spät ist!“

Viele Menschen werden fragen: Ist es nicht schon zu spät? Haben fast zwei Jahrzehnte bundesdeutsche Herrschaft im Osten Deutschlands nicht materiell und geistig Tatsachen geschaffen, die heute nicht mehr zu verändern sind?

In der Tat: Eingebettet in eine globale Politik der verschärften Ausbeutung und Aggression hat das westdeutsche Kapital im eroberten Osten Deutschlands ganze Arbeit geleistet. Der Osten Deutschlands wurde „kolonialisiert“, wie der Träger des Menschenrechtspreises der GBM, Fritz Vilmar, bereits Anfang der 90-er Jahre treffend feststellte.¹

Definiert wird „Kolonialisierung“ *als eine **Herrschaftsbeziehung**, in der die zentralen Entscheidungen durch eine kulturell verschiedene und nicht anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren in deren Interesse beschlossen werden.*

Kolonisation hat primär wirtschaftliche Gründe, vorrangig durch den Zugriff auf Ressourcen. Damit geht mitunter eine Entvölkerung des eroberten Landes einher. Schließlich erschließt man durch Kolonien einen Absatzmarkt, sowie billige Arbeitskräfte. Kolonien werden nie wirkliche Teile des Mutterlandes.²

Alle diese Merkmale treffen auf den Osten Deutschlands zu. Das Ergebnis nach zwei Jahrzehnten Kolonialpolitik wird zwar häufig als differenziert beschrieben. Vorteile im Warenangebot, bei der Verbesserung der Infrastruktur und der Nutzung formaler bürgerlich-demokratischer Rechte werden mit Nachteilen aufgerechnet. Obwohl das nicht zu bestreiten ist, halte ich von derartigen Betrachtungen nichts. Die **dominierenden** Ergebnisse aus 20 Jahren sind zu eindeutig, die Perspektive für den Osten Deutschlands ist zu verheerend, um sie als „differenziert“ zu betrachten.

Die Bevölkerung Ostdeutschlands stirbt ab und aus. Mehr als 3 Millionen überwiegend arbeitsfähige Bürger sind in den Westen abgewandert, um dort arbeiten zu dürfen. Weitere Millionen „Grenzgänger“ verkaufen ihre Arbeitskraft im Mutterland. Bis 2050 werden nach vorliegenden Prognosen in einem Territorium mit ehemals 16 Millionen DDR-Bürgern nur noch um die 10 Millionen Menschen leben, davon fast die Hälfte über 60 Jahre. Begriffe der Verödung und gezielten Verwilderung ostdeutscher Regionen sind inzwischen politisch salonfähig geworden.

Die Erwerbstätigkeit kommt schrittweise zum Erliegen. Sie beträgt gegenwärtig 60 Prozent gegenüber DDR-Zeiten. Bei einem „weiter so“ bis 2050 wird sie weniger als 30% betragen.

Kaufkraft, Löhne, Renten und Sozialleistungen hinken nach wie vor um 20 bis 30 Prozent hinter dem Westniveau hinterher. *Im vergangenen Jahr verschlechterte sich die Einkommensrelation zwischen Ost und West wieder.³*

¹ Wolfgang Dümke, Fritz Vilmar „Kolonialisierung der DDR“, agenda-Verlag Münster 1996, S. 14

² Elektronisches Lexikon Wikipedia

³ Spiegel-online „Ost und West driften wieder auseinander“ 27. August 2009

Preise, Mieten und Tarife sind in einigen ostdeutschen Regionen „dank“ verfehlter und privatisierter Infrastruktur dagegen bereits deutsche Spitze. Die Mieten sind in Rostock höher als in Dortmund und Nürnberg.

Die Strom-, Gas- und Wassergebühren sind in ostdeutschen Großstädten, vor allem in Leipzig, deutlich höher als in Westdeutschland.

Wohlfahrtsverbände und international renommierte Forschungsinstitute sehen im Osten Deutschlands hohe und höchste Zukunftsrisiken voraus. Selbst die Deutsche Bank warnt vor *Armut, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit in den neuen Ländern*.⁴

Es ist offenkundig: Ein „weiter so“ führt in den Abgrund. In der Tiefe ist ein Gebilde zu sehen: verödet, veraltet, aus eigener Kraft nicht überlebensfähig, spärlich am Leben erhalten durch milde Gaben aus dem Mutterland.

Einen solchen weiteren Absturz müssen wir mit allen verfügbaren Mitteln verhindern.

Der Markt wird es nicht richten, die herrschende Politik auch nicht.

„Ost“-Minister Tiefensee stellt fest: *Ostdeutschland hat sich hervorragend entwickelt. Die Westdeutschen haben wieder beispiellose Solidarität gezeigt, die dazu geführt hat, dass der Osten in weiten Teilen sehr, sehr gut aufgestellt ist. Und die gute Botschaft besteht darin, dass der Angleichungsprozess geschieht*.⁵

Wir verwahren uns gegen eine derartige Verhöhnung der ostdeutschen Menschen und haben das dem Herrn Minister unmißverständlich mitgeteilt!

Die Kanzlerin aus dem Osten ist gar der Meinung: *Seit der Wiedervereinigung musste der Westen hinter dem Osten zurückstehen. Der Westen ist jetzt verstärkt am Zuge*.⁶

Ganz im Sinne der Kanzlerin fordern CDU-Ministerpräsidenten, Ostdeutschland nicht mehr gesondert zu behandeln und zu unterstützen.

Das OKV wendet sich entschieden gegen derartige Forderungen. Natürlich ist der Osten Deutschlands eingebettet in die gesamte Misere des kapitalistischen Systems in der BRD. Aber er hat seine dramatische eigene Spezifik.

Wir stehen für beides:

Das System verändern und die ostdeutsche Misere verbessern.

Wir fordern eine reale Einschätzung der Lage und vor allem wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation.

Dabei gehen wir davon aus, dass wir uns in weitgehender Übereinstimmung mit vielen anderen linken Organisationen, insbesondere auch der Partei DIE LINKE befinden. In mehreren Expertisen, Analysen, Leitbildern und Publikationen, bei Anhörungen und auf Konferenzen wurde die Lage Ostdeutschlands mehr oder weniger klar beschrieben. Vielfach wurden auch die richtigen und notwendigen Schlussfolgerungen gezogen. Es gibt kaum noch neues zu erforschen. **Was fehlt, ist die Organisation der politischen Kräfte zur Durchsetzung von Veränderungen.**

Ich vertrete die Auffassung, dass **zwei Forderungen** in den politischen Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen sind:

⁴ Tagesspiegel Nr. 20370 „Verblühende Landschaften“

⁵ Regierungsmitteilung zum Bericht zum Stand der Deutschen Einheit 2009

⁶ Interview mit dem Politmagazin Cicero – Focus-online 17.12.08

Zum ersten geht es darum, das Grundübel der wirtschaftlichen und sozialen Misere Ostdeutschlands klar zu benennen und schrittweise auszumerzen. Es besteht von Anfang an bis heute darin, dass die ostdeutsche Industrie als Konkurrenz westdeutscher Profitinteressen erbarmungslos platt gemacht wurde. Bis zum heutigen Tag erreicht das Industriepotential im Osten Deutschlands nur eine Höhe von 80% des DDR-Niveaus. Der „Aufschwung Ost“ wird statistisch getragen von einer Verfünffachung der im Bruttoinlandsprodukt enthaltenen „Finanz- und Unternehmensdienstleistungen“ – Instrumente zur Ausplünderung der ostdeutschen Wirtschaft und Bevölkerung.

Eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Ostdeutschen ist nur möglich, wenn Industrie, industrienah und sozial notwendige Dienstleistungen, Forschung und Bildung Träger der Entwicklung werden. Nicht erneuerte Innenstädte, Umgehungsstrassen und Freizeitparks schaffen nationalen Reichtum, sondern Forschung, Bildung und Industrie.

Es ist eine legitime Forderung, das Unrecht an den Ostdeutschen durch Raub des Volkseigentums und Deindustrialisierung teilweise dadurch wieder gut zu machen, dass Ostdeutschland zu einem Zentrum für zukunftsweisende Industriepolitik gestaltet wird.

Zum zweiten geht es darum, nach zwanzig Jahren Ostdeutschland von der kolonialen Fessel des Billiglieferanten zu befreien. Ostdeutschland darf seine Konkurrenzfähigkeit nicht durch Billigprodukte und Zulieferungen an westdeutsche Konzerne unter Beweis stellen, sondern durch Spitzenprodukte.

Dazu ist es notwendig, die ostdeutsche Kaufkraft zu erhöhen und durch ostdeutsche Produkte zu befriedigen.

Die sozialen Bedingungen in Form von Löhnen, Renten und Sozialleistungen sind endlich dem bundesdeutschen Durchschnitt anzupassen – dadurch ist dem Grundgesetz zu entsprechen.

Anstatt mit Billionen neue Spekulationen zu finanzieren, ist mit Milliarden eine Teilwiedergutmachung an die ostdeutsche Bevölkerung für das geraubte Volkseigentum und die abgewerteten Spareinlagen auszuzahlen – damit sind Festlegungen des „Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 18. Mai 1990“ durchzusetzen.

Liebe Freunde und Genossen!

Uns ist klar, dass derartige Forderungen weder im Selbstlauf noch auf parlamentarischem Wege durchsetzbar sind. Die Linke im gesamten Spektrum ist gefordert.

Was wir brauchen, ist eine politische Massenbewegung zur Durchsetzung unserer Ziele.

Kolonien gewinnen dann ihre Identität zurück, wenn sie sich selbstbewusst aus der geistigen und materiellen Umklammerung des Mutterlandes befreien. Geistig tragen wir den reinigenden Bazillus des Sozialismus noch in uns. Wir müssen den ganzen Körper Bundesrepublik damit infizieren. Dazu brauchen wir eine Verbesserung unserer politischen Streitkultur.

Unser Ziel sollte darin bestehen, ein wesentlich breiteres Spektrum von Sympathisanten für unsere Ziele zu gewinnen.

2/3 der deutschen Bevölkerung haben Merkel und Westerwelle **nicht** gewählt. Inzwischen sind 57 Prozent der Ostdeutschen der Meinung, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte⁷. Dieses Protestpotential gilt es zu erschließen.

Dazu ist notwendig, Formen und Wege zu finden, diese Bevölkerungsschichten **zu erreichen**. Das war der Hauptgrund, weshalb sich das OKV entschlossen hat, unseren schon traditionellen Protest auf die Strasse zu tragen. Auch in anderen Territorien Ostdeutschlands beginnen derartige Maßnahmen. Sie sollen nächstes Jahr ihren Höhepunkt finden.

Wir wissen, dass in diesem bevor stehenden 20. Jahrestag des Anschlusses der DDR die politisch herrschende Klasse alles unternimmt, um durch grenzenlose Verleumdung der DDR, Schönfärberei der gegenwärtigen Zustände und Konzeptionslosigkeit die Menschen zu verdummen.

Eine Spitzenposition nimmt dabei die aus dem Osten Deutschlands stammende und von real 1/3 der Wahlberechtigten erneut auf den Regierungsthron gehobene Bundeskanzlerin ein.

Verleumdungen der DDR, wie *Hinter dem Schießbefehl stand nichts weiter als **pure Menschenverachtung**. Auftrag und **Selbstverständnis** der bewaffneten Organe der DDR bestanden darin, von der Waffe gebrauch zu machen. Das SED-Regime fußte auf einem alles durchdringenden Leben in Lüge*⁸

und Ankündigungen ihrer politischen Ambitionen, wie *Der bewaffnete Einsatz im Ausland ist . . . für die Bundeswehr eine Aufgabe, die uns noch viele Jahre durch das 21. Jahrhundert begleiten wird.*⁹

zeigen uns, welcher Ungeist Regierungsverantwortung trägt.

Es gilt diese „Schande aus dem Osten“ politisch zu entlarven, bloßzustellen und zu entzaubern. Dazu werde ich auch weiterhin meinen persönlichen Beitrag leisten.

Es ist überlebensnotwendig, den entschiedenen Widerstand gegen diese gefährliche Innen, Außen und Ostdeutschlandpolitik zu organisieren. Deshalb rufen wir alle linken und linksgerichteten Parteien, Organisationen und Verbände, die bisher noch nicht den Weg zu unserem wirksamen Protest gefunden haben, auf, künftig daran teilzunehmen.

Natürlich begrüßen wir alle eigenständigen Aktivitäten von Organisationen und Vereinen, die in gleiche oder ähnliche Richtung gehen.

Politische Wirkung werden wir aber vorrangig dann erzielen, wenn wir gemeinsam und koordiniert politische Höhepunkte mit Massenbeteiligung schaffen.

Bei unseren politischen Aktivitäten sollten wir dem politischen Gegner nicht ständig auf den Leim gehen, uns nicht in rückwärts gewandte Abwehrschlachten verwickeln lassen. Auch eine Verklärung unserer Vergangenheit ist Fehl am Platze. Wir haben unter schwierigsten historischen Bedingungen gekämpft, dabei aber auch Fehler begangen und eine Niederlage erlitten. Jedoch: **Wir haben um ein Gesellschaftssystem gerungen, das dem kapitalistischen haushoch überlegen ist.** Das wird täg-

⁷ Tagesspiegel vom 2./3. Oktober 2009

⁸ Angela Merkel „Vor 20 Jahren – am Vorabend der friedlichen Revolution“ am 8.5.2009 und „60 Jahre soziale Marktwirtschaft“ am 12. Juni 2008

⁹ Rede zur Aushändigung des „Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapferkeit“ am 6.7.2009

lich immer mehr spürbar und es wird immer mehr Menschen – manchmal mehr instinktiv, als rational - bewusst. Nutzen wir diese Entwicklung, indem wir das Denken und auch die Emotionen dieser Menschen erreichen.

Dabei sollten wir sowohl über den Inhalt, aber auch über die Formen und die Sprache unseres Wirkens nachdenken. Mit abstrakten theoretischen Erwägungen und unendlich langen Pamphleten erreichen wir nicht viele. Was wir brauchen, ist eine lebendige, auf den Punkt bezogene Aussage, anknüpfend an die besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse. Die Thälmannschen Aufrufe erforderten eine Seite, um Menschenmassen zu mobilisieren.

In Zeiten der Mediendominanz durch die herrschende Klasse sollten wir neue Wege suchen und finden, um unsere Auffassungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dabei kommt der jüngeren Generation eine besondere Bedeutung zu. Vorrangig in ihrem Interesse führen wir den Kampf um eine bessere Zukunft. Auch wir als OKV haben unsere Möglichkeiten zur Einbeziehung der jüngeren Generation noch nicht ausgeschöpft. Wir werden uns anstrengen, nächstes Jahr noch mehr jüngere Menschen in unsere Aktivitäten einzubeziehen. Dabei gilt es auch, die Möglichkeiten des INTERNET noch wesentlich besser auszuschöpfen. Das OKV und viele seiner Mitgliedsverbände haben mit ihren Internetplattformen dazu wichtige Schritte unternommen. Wir werden diese Präsenz weiter und noch professioneller ausbauen.

Liebe Freunde und Genossen!

Alle linken Kräfte sind sich darin einig, dass mit der nach der Bundestagswahl wirkenden schwarz-gelben Regierung die Zuspitzung der sozialen Widersprüche in Deutschland und die kriegerischen Abenteuer **durch** Deutschland zunehmen werden. Wer Merkel gewählt hat, hat den radikalen Sozialabbau und neue Kriegsabenteuer gewählt.

Dem zu begegnen, erfordert zwingend, dass sich die linken Kräfte enger zusammenschließen.

Wir betrachten es dabei als wenig hilfreich, wenn der Vorsitzende des DGB neulich erklärte, den Kampf gegen die Krise nicht wie in Frankreich auf der Strasse, sondern auf Konferenzen austragen zu wollen.

Wir brauchen nicht so viele Konferenzen über etwas, was dem Wesen nach klar ist. **Was wir brauchen sind Aktionen zur Veränderung.**

Dazu ist gerade das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften von großer Bedeutung. Es ist erfreulich, dass Einzelgewerkschaften bereits jetzt öffentlich mobil machen. Damit wird Frau Merkel und Herrn Westerwelle rechtzeitig klar gemacht, dass Politik nicht in Hinterzimmern von Parteizentralen, sondern in der Öffentlichkeit gestaltet wird.

Deshalb begrüßen wir sehr den Beschluss der Partei DIE LINKE, in dem es heißt: ***Der weitere Verlauf der Krise entscheidet sich auf der Strasse. Die LINKE wird daher in Bündnissen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften massiv alle Proteste und Widerstandsaktionen vorantreiben sowie begleiten.*** Das OKV mit seinen Verbänden versteht sich als nicht unwesentlicher Teil dieser Protestbewegung. **Nun ist es an der Zeit, diesen Beschluss auch in die Tat umzusetzen.**

Zum kämpfen gehört auch zunehmend ziviler Widerstand. Wir sind schon viel zu weit in das scheinheilig demokratische, aber dem Wesen nach ausbeutende System integriert. Nicht jede Gebührenerhöhung muss beglichen, nicht jeder Verwaltungsakt umgesetzt, nicht jedem Gerichtsbescheid entsprochen werden. Seien wir mutiger und widersetzen wir uns gemeinsam!

Wir müssen in Ostdeutschland wieder zum aufrechten Gang zurückfinden, sagt Hans Modrow im gestern im ND veröffentlichten Interview.

„Wehe dem Sieger“ hat Daniela Dahn vorhin signiert. Jawohl, **im aufrechten Gang, wehe dem Sieger** das ist die richtige Losung. Dann wird aus dem Sieger letztlich ein Besiegter.

Schließen wir die Reihen enger. Lassen wir Trennendes beiseite. Werden wir offensiver und zukunftsorientierter. Zeigen wir dem politischen Gegner, dass mit uns nach wie vor zu rechnen ist. Erfüllen wir unser historisches Vermächtnis. Dann kommt unser Handeln nicht zu spät.